



2014

BERGISCHE UNIVERSITÄT WUPPERTAL

BERGISCHE SCHRIFTEN
DER POLITIKWISSENSCHAFT

Serie I Forschungsschriften NR. 4

Was bedeutet “Repräsentation” in einem postnationalen Europa?

Hans J. Lietzmann

ISSN 1868-338X

BERGISCHE SCHRIFTEN DER POLITIKWISSENSCHAFT

Serie I Forschungsschriften Nr. 4
Ausgabe 01/2014

Was bedeutet „Repräsentation“ im postnationalen Europa?

Hans J. Lietzmann



Impressum

HerausgeberIn:

Prof. Dr. Maria Behrens

Prof. Dr. Hans J. Lietzmann

Fach Politikwissenschaft FB G

Bergische Universität Wuppertal

Gaußstraße 20

42119 Wuppertal

Layout: Helena Bergfeld

ISSN 1868-338X

1 Repräsentation und politische Theorie

Politische Repräsentation ist ein Hauptthema politischer Theorie und ihrer Theoriegeschichte. Sie bildet den Kulminationspunkt politischer Gesellschaften und ihrer praktisch-politischen Selbstorganisation: Wie kann und wie soll der Prozess politischer Herrschaft organisiert sein? Wie lässt sich politische Organisation und politische Folgebereitschaft konzeptionell herstellen? Unter welchen Bedingungen wird die politische Steuerung gesellschaftlich akzeptiert? Und in welcher Form kann die politische Entscheidungsfindung als legitim von der Gesellschaft erlebt und anerkannt werden?

Eric Voegelin, einer der großen und zugleich konservativen Vertreter der Politikwissenschaft, hat daher die Debatte um die politische Repräsentation als das „Zentralproblem der politischen Theorie“ identifiziert (1952, 17): In ihr laufen die unterschiedlichsten Stränge politischer Praxis zusammen. In der je spezifischen Form der politischen Repräsentation zeigt sich grundlegend die Gestalt, in der „eine politische Gesellschaft Existenz für ihr Handeln in der Geschichte gewinnt“ (1952, 19). In den historischen Formen der Repräsentation manifestiert sich in diesem Sinne die Grundform der Selbstinterpretation einer Gesellschaft als „politischer“ Handlungszusammenhang. Gesellschaften konstituieren und symbolisieren sich in besonderer Weise darin, wie sich in ihnen die „Repräsentation“ politischer Herrschaft organisiert, darstellt und wahrgenommen wird. Zwar wird die historisch reale Repräsentation erst in der konkreten Gestalt, in der sie institutionell realisiert wird, erfahrbar; aber hinter den repräsentativen Institutionen steht eine symbolische Ordnung und ein symbolisches Selbstbild der politischen Gesellschaft, das historisch völlig kontingent und einem beständigen konzeptuellen Wandel unterworfen ist. Die politische Gesellschaft „artikuliert“ in den Formen ihrer politischen Repräsentation ihr politisch-symbolisches Selbstverständnis (Voegelin 1951, 78). Die Institutionen und ihr konzeptioneller Wandel schaffen die „sinnliche Wahrnehmbarkeit“ des politischen Selbstverständnisses der Gesellschaft. In den Institutionen und ihrem Wandel „drückt sich“ die Wirklichkeit der politischen Gesellschaft real „aus“ (Castoriadis 1984, 218); in den konzeptionellen Formen der Repräsentation gewinnt die jeweilige historische politische Praxis eine Gestalt, die „nicht mehr bloß virtuell“ erscheint (Castoriadis 1975, 218).

2 Repräsentation und Politik

Insofern ist wichtig, die Funktion von Politik nicht nur dezisionistisch als die Herstellung von kollektiv bindenden Entscheidungen zu verstehen, sondern auch den Aspekt ihrer „gesellschaftlichen Zurechenbarkeit und Sichtbarkeit“ nicht zu vernachlässigen. Als verbindlich werden Entscheidungen eben nur von denen anerkannt, die „ihrer selbst als angesprochenes Kollektiv ... ansichtig“ werden. „Das Besondere der *politischen* Sichtbarkeit liegt“ dabei besonders „in der Herstellung von sozialen Räumen, wenn man so will: in der Simulation gesellschaftlicher Räume“ (Nassehi 2002, 46), innerhalb derer politische Entscheidungen als verbindlich anerkannt werden. Repräsentation ist das wandlungsfähige und historisch kontingente Konzept, Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit für konkrete politische Räume symbolisch zu organisieren. In ihnen wird Politik und politische Herrschaft von den Herrschaftsunterworfenen symbolisch erlebt, kulturell anerkannt und erst damit praktisch realisierbar. Das ist ein höchst wechsellvoller, äußerst prekärer und dynamischer Prozess gesellschaftlich-kultureller Anerkennung.

3 Die „Krise“ der Repräsentation

In den vergangenen Jahren hat sich nun eine breite öffentliche und auch wissenschaftliche Diskussion darüber entwickelt, dass die Repräsentation und ihre Institutionen nicht nur in Europa in eine tiefgreifende Krise geraten sei (Dalton 2004, 2005; Saward 2010; Pollak 2007; Mansbridge 2003; Linden/ Thaa 2011). Aber auch die europäischen Gesellschaften fühlen sich von ihren Regierungen nicht mehr effektiv geleitet (Kohler-Koch 2010; Rosanvallon 2010; Saward 2011); sie sehen sich in den Parlamenten von ihren Abgeordneten nicht mehr angemessen und ehrlich vertreten; und sie misstrauen den Gerichten, die doch in einigen Ländern Europas explizit „im Namen des Volkes“ ihre Urteile sprechen.

Darüber hinaus verlieren (fast alle) Parteien als politische Repräsentanten in (fast allen) Mitgliedsländern ihre Anhänger. Und die wichtigsten lobbyistischen Verbände, die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände, beklagen den Rückgang ihrer Mobilisierungsfähigkeit.

Insgesamt wird eine allgemeine Demobilisierung der Bevölkerung in den etablierten Institutionen der gegenwärtigen politischen Systeme der EU-Mitgliedsländer festgestellt.

a) Daraus wird einerseits allgemein der Rückschluss auf eine Krise der Institutionen gezogen. Die institutionellen Arrangements der politischen Systeme hätten an Funktionsfähigkeit und auch an Anschlussfähigkeit, an responsibility and accountability verloren. Da sich die Institutionen nicht schnell und oft auch unangemessen auf die neuen Rahmenbedingungen eingestellt hätten, sei ihre Anschlussfähigkeit an moderne Gesellschaften verloren gegangen: Sie „repräsentieren“ die modernen Gesellschaften und ihre plurale Struktur nur noch mangelhaft. Nötig sei deshalb in erster Linie eine institutioneller „re-set“ und eine organisatorische Reform.

b) Zum anderen wird von einer allgemeinen Vertrauenskrise gesprochen, die eine Erosion bürgerschaftlichen Folgebereitschaft gegenüber den Institutionen herbeigeführt habe. Die gesellschaftliche Individualisierung und die Auflösung größerer gesellschaftlicher, ideologischer oder religiöser Kontexte habe insgesamt Bindekraft moderner Gesellschaften unterhöhlt und mache leadership in modernen Gesellschaften nahezu unmöglich. Traditionelle politische Systeme seien unter modernen gesellschaftlichen Strukturbedingungen überfordert. Politische Repräsentation erscheint unter den pluralen sozialen Bedingungen moderner Zivilgesellschaften kaum mehr erfolgreich zu gewährleisten. Sie scheitert an der Mentalität der Menschen

c) Schließlich wird den Rahmenbedingungen moderner Politik die Verantwortung an dem Niedergang der politischen Repräsentation gegeben: Transnationalität und Globalisierung der politischen Prozesse ließen die Versuche einer politischen Repräsentation scheitern. Angesichts grenzüberschreitender Prozesse und angesichts transnationaler politischer Steuerungsversuche sei es unmöglich geworden, repräsentative Strukturen und Vertretungsmuster zu implementieren. Die Kontingenz der gegenwärtigen Moderne und die raumübergreifende Struktur Entscheidungsverläufe habe zu einer strukturellen Unmöglichkeit politischer Repräsentation geführt.

4 Das “Standardmodell” (standard account) politischer Repräsentation und repräsentativer Demokratie.

Bemerkenswert an der Diskussion ist vor allem, dass sie sich fast durchgängig auf einen ‚standard account‘ von Repräsentation bezieht (Urbinati/ Warren 2008, 389): Dieser zieht seine Kriterien in erster Linie aus der Literatur des vergangenen Jahrhunderts und insbesondere aus den Ausführungen von Hannah Fenichel Pitkin (1967). Anknüpfend an die staatsrechtliche Debatte um Formen der politischen Repräsentation im 20. Jahrhundert

(Leibholz 1928, 1965; Schmitt 1928, 209) formuliert Pitkin, that „representation, taken generally, means the making present in some sense of something which is nevertheless not present literally or in fact“ (Pitkin 1967, 8). Damit verbunden wird eine feste Vorstellung von Repräsentation als „a principal-agent relationship“, in der der jeweilige Repräsentant für die Repräsentierten einsteht („standing for“) und handelt („acting for“). Ohne hier in aller Breite die Dimensionen der Pitkin’schen Theorie auszuleuchten (vgl. dafür Saward 2010, 8ff; Buchstein 1997, 411ff; Urbinati 2006), ist deutlich, dass die gegenwärtige Debatte damit einen engen Fokus auf die Frage einer repräsentativen Demokratie und ihrer Organisationsformen legt. Ja, dass sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – explizit Repräsentation und repräsentative Demokratie miteinander identifiziert.

Zu dem debattierten ‚standard account‘ zählen deshalb ein starker nationaler Souveränitätsbegriff, der zugleich „sovereignty of the people identifies with the state power“ (Urbinati/ Warren 2008, 389) und eine Legitimierung im Zuge der „responsivness by electoral mechanisms“ (ebda.). Als Reaktion auf die konstatierte Krise der Repräsentation werden dann „Ergänzungen“, Variationen und Erweiterungen der tradierten Formen demokratischer und nationalstaatlich zentrierter Politik debattiert: Neue Strategien der Akteure (Saward 2010; Blühdorn 2011; Jentges 2010), veränderte Kompetenzen unabhängiger, ‚fairer‘ Verwaltungen und Verfassungsgerichte (Rosanvallon 2010), die vermehrte Aktivierung „self-authorized representatives“ (Urbinati/ Warren 2008, 403), die Implementierung von „citizens’ juries“, „minipublics“ (Fung 2003, 2006) und anderen Formen der „Citizen representatives“ (Brown 2006; Stephan 2004; Warren 2008; Dalton 2007; Urbinati/ Warren 2008, 405f) und auch eine gänzlich neue Strategie der „political representation as a democratic process“ (Urbinati 2006).

5 Worin besteht die bisherige „repräsentative“ Praxis?

„The concept of political representation is misleadingly simple: everyone seems to know what it is.“ (Dovi 2011, 1). Und auch über die Wirklichkeit praktischer politischer Repräsentation kann kaum ein einfacher Überblick gewonnen werden. Zwar gibt es zahlreiche und unterschiedlichste Anläufe, diese Realität in konziser Form zu beschreiben; doch scheinen völlig heterogene und unvereinbare gesellschaftliche politische Vorgänge Gegenstand dieser Beschreibungen zu sein (Pitkin 1967; Ginzburg 1999; Urbinati 2006a; Manow 2006; Göhler 2007; Pollack 2007; Saward 2010).

a) Tatsächlich wird bereits die mittelalterliche Praxis, verstorbene Fürsten z.B. in Form von Puppen aus Wachs, Holz und Leder in der ‚diesseitigen‘ Welt zu erhalten und ihre Vergegenwärtigung in der Zeit des Interregnums zu manifestieren, als „représentacion“ bezeichnet; und dies in den unterschiedlichsten politischen Kulturen (Spanien 1291/ England 1327/ Frankreich 1422) (Ginzburg 1999, 97f). (Auch die römischen Kaiser wurden bereits im 2. und 3. Jahrhundert n. Chr. bei ihren Begräbnissen durch solche Puppen substituiert, Ginzburg 1999, 99).

b) Ebenso setzt sich diese Praxis in dem bekannten Frontispiz auf der Erstausgabe von Hobbes ‚Leviathan‘ fort, auf dem der absolute Herrscher sich aus der Gesamtrepräsentation einer Vielheit einzelner bürgerschaftlicher Körper bildet: Der „sterbliche Gott“ den Hobbes im ‚Leviathan‘ als übergesellschaftliche Herrschaft formiert, bildet eine menschlich erschaffene, aber zugleich überirdische Gestalt „voller Geist und Pneuma, die große und gewaltige Taten“ zu vollbringen verspricht (Patrizi 1593, 69, zit. b. Bredekamp 2012, 66). In dem religiös aufgeladenen Bürgerkrieg, in dem andere politische Herrschaft nicht mehr nicht mehr zu greifen scheint wird auf die virtuelle Macht einer neuen Repräsentation des gesellschaftlichen Willens zurückgegriffen.

c) Und auch die politisch inszenierte Hinrichtung von Louis XIV. in Frankreich und seine Ersetzung durch einen neuen, repräsentativen „corps législatif“ bildet – wie Philip Manow herausragend zeigt (2006, 2011) – eine im Kern nachdrücklich Bestätigung repräsentativer Praktiken durch die demokratischen Revolutionäre: Die monarchische repräsentative Praxis wurde abgelöst durch den „great citizen body and ... the assembly of representatives, the double body of political representation“ Baecque 1997, 9, zit. b. Manow 2006, 153).

d) Die amerikanische Kolonialgeschichte und ihre Loslösung von der territorial-fernen englischen Übermacht erzählt eine eigene Geschichte. Die Parole des „No taxation without representation“, mit der der Herrschaftsanspruch des englischen Empire zurückgewiesen wird, war zugleich der Gründungsruf einer eigenen amerikanischen, kontinentalen „representative republic“ aus eigenem Recht und mit eigener Sichtbarkeit (Göhler 2007).

6 Zur Binnenstruktur politischer Repräsentation/ Repräsentation als „a cultural technique“

Schon die repräsentativen Puppen des Mittelalters stellen also eine frühe Form jenes ewigen, mit ‚dignitas‘ versehenen Körpers des dauerhaften Königtums dar, das Kantorowicz in seiner bekannten Studie über „The king’s two bodies“ ausführlich beschreibt. Die Fortschreibung von Herrschaftsansprüchen in abstrakten Institutionen und Gremien und Darstellungen hat insofern eine lange Tradition.

Diese rituellen Verewigungen und stellen Formen des Präsent-Haltens von Herrschaftsansprüchen dar. Sie sind „Fiktionen post mortem“ (Gisey, zit. b. Ginzburg 1999, 101) und werden in Momenten eingesetzt, in denen die Herrschaft real nicht ausgeübt werden kann. Sie sind „Doubles“ und *rituelle Substitute* (Chantraine, zit. b. Ginzburg 1999, 103).

Dass sie als „*Substitute*“ gelten heißt, dass sie an die Stelle der konkreten Herrschaftsausübung treten: Nicht, dass sie sie „darstellen“ oder von ihr „erzählen“. Sondern sie symbolisieren die Herrschaft in Situationen, in denen sie dies selbst (aus unterschiedlichsten Gründen) nicht zu tun vermag: Mal weil der reale König tot ist, mal weil sie als Herrschaftssubjekt zu amorph oder zu abstrakt („Volk“/ „Nation“) ist. Mal, weil sie z. B. zwar als dauerhafte Herrschaft angelegt ist, aber in zeitlichen Intervallen real neu konstituiert werden muss (Königtum und auch die Parlamente). Es sind dies Momente, in denen politische Herrschaft für ihren Bestand „eine künstliche Herrscherfigur nötig hat“ (Bredenkamp 1999, 106). Repräsentation ist in diesem Zusammenhang eine gesellschaftliche „*Kulturtechnik*“ (Bredenkamp/ Schneider 2005, 9), die sich durch alle Phasen der Aufklärung und durch die Antagonismen der „Sattelzeit“ hindurch erhalten hat. Jenseits aller Prozesse der Säkularisierung und inmitten der Entzauberung zahlreicher Mysterien.

Da es sich zugleich – durch alle Zeitenwenden - um eine gesellschaftliche *rituelle* Praxis handelt, darf man bei der praktizierten Repräsentation „von einer regelrechten psychologischen Kategorie sprechen“ (wie dem ‚Traumbild, dem ‚Gespenst‘, einer ‚übernatürlichen Erscheinung‘ o. ä., HJL) (Gombrich 1999, 105); in ihr tritt die Gesellschaft in eine „echte Kommunikation“ mit einer abstrakt verstandenen Macht und lässt diese im realen Leben gegenwärtig und tatsächlich erlebbar werden! Wie in der christlichen Bilder- (und Reliquien-) Verehrung sehen wir ähnliche Prozesse. Diese weisen nun allerdings nicht auf die christliche Basis aller Politik hin, wie Carl Schmitt in seiner Repräsentationstheorie konstatiert (Duso 2005, 177ff) (und wie auch Voegelin auf normative Weise versucht, in die Repräsentation als Geistesmodell zu integrieren, Voegelin 1952); sondern auf die gemeinsame idolatrische Basis von Religion und politischer Vergesellschaftung. Und auf den teils gemeinsamen mystifizierenden Kern religiöser und politischer Praxis: So ungreifbar und unverständlich es uns bisweilen erscheinen mag, - es sind diese Bilder, die wir uns von der Welt machen und die deutliche Wirkungen auf unser gesellschaftliches Handeln haben.

In der sozialwissenschaftlich orientierten Bildwissenschaft werden neuerdings Theorien der Repräsentation und Imagination verwendet, die auf eine ontologische Struktur der Bildhaftigkeit im gesellschaftlichen Handeln abstellen (Kruse 2010/ Belting 2007/ Boehm 2007/ Tisseron 2007). Die Bildung von Imaginationen gehört eben auch zur Grundausrüstung von Menschen und bürgerschaftlichen Gesellschaften. Gesellschaften suchen in diesem Sinne selbständig nach Imaginationen; sie reagieren selbständig und unmittelbar auf Imaginationsangebote. Sie reagieren auf die Praxis ihrer Außenwelt und verbildlichen die Erlebnisse in ihrer Wahrnehmung. Als Imagination wird dieses Bildmaterial zum Handlungs-muster für ihr politisches und alltägliches Denken und Verhalten. Die Vorstellung „repräsentiert“ zu sein, wird zur Matrix, anhand derer tägliche Informationen und Erfahrungen quasi „automatisch“ verstanden und zugeordnet. Die mentalen Imaginationen werden so zu handlungsleitenden Objekten in unserem gesellschaftlichen Bewusstsein, wie auch Sartre formuliert (1940, 205ff).

Die Macht, die diese Bilder dabei entfalten, liegt „in ihrer einhüllenden und umhüllenden Funktion. Indem sie unsere Empathie mit emotionalen und sinnlichen Impulsen stimulieren, antworten sie auf den Wunsch, in eine imaginäre Realität einzutreten“ (Kruse 1910, 216). Der emotionale und politische Gewinn liegt dann darin, die Vielzahl von Eindrücken, die in der politischen Außenwelt auf uns einströmen, zu synthetisieren. Die Vereinheitlichung und Vereinfachung des Weltbildes schafft eine soziale und emotionale Entlastung; sie ist zugleich eine Funktion tatsächlicher Herrschaftsausübung. Das Bild, das wir uns von der Realität der Repräsentation machen, bedient so einerseits unseren festen Glauben an eine virtuelle Realität; andererseits ist es aber auch die fortdauernde Projektionsfläche für unseren Entwurf einer Realität: Es verhilft der subjektiven Weltsicht und den objektiven Verhältnissen zum Überleben (Kruse 2010, 217; Tisseron 2007, 314).

Es ist allerdings auch eine „zerstörerische Leidenschaft“, mit der die Gesellschaften ihr Bild von der „Repräsentation“ benutzt. Menschen und bürgerschaftliche Gesellschaften sind von der Ambivalenz bestimmt, einerseits mit und „in“ ihren Welt- und Politikbildern leben zu wollen; zugleich allerdings emotional zu ahnen, dass es nur Bilder und Eindrücke sind. Ihr Realitätsgehalt steht in Frage und wird voller Ängstlichkeit beobachtet. Falls die Diskrepanz zwischen imaginär geglaubter Repräsentation und tatsächlich empfundener Repräsentation zu groß wird, wird die imaginierte Repräsentation sofort fallen gelassen. „Wir (sind) gleich bereit sie zu verdammen: Es ist immer ihre Schuld!“ (Tisseron 2007, 314)

7 Ein dynamisches Verständnis politischer Repräsentation

a.) In der neueren Repräsentationstheorie wird auf die Bildwissenschaft und das Wesen der Imagination, das der Vorstellung politischer Repräsentation anhaftet, nicht eingegangen. Dennoch gibt es wichtige Entwürfe, die die politische Repräsentation als eine Frage gesellschaftlicher Dynamik erkennen. Hier geht es dann in erster Linie darum, die Frage politischer Repräsentation aus dem Bann einer reinen institutionellen Betrachtung zu erlösen und einen anstehenden „conceptual change“ als eine Frage politischen und gesellschaftlichen Handelns zu thematisieren (Urbinati 2006, 2006a; Castiglione/ Warren 2008; Pollack 2010; Thaa 2008, 2013 m.w.N.).

Auch diese Ansätze folgen allerdings in erster Linie einer normativen, d.h. konzeptionellen Argumentation: Sie „entwerfen“ Bilder politischer Repräsentation, von denen sie denken und hoffen, dass sie Gefolgschaft in den politischen Gesellschaften finden. An diesen Theorien lässt sich somit ermesen, inwiefern die vorherrschenden Bilder politischer Repräsentation in Misskredit geraten sind. Diese politischen Theorien sind der Seismograph einer wachsenden Unzufriedenheit mit den gängigen Imaginationen politischer Repräsentationen; sie sind

Anzeichen, dass Bild, Anspruch und Realität politischer Repräsentation auseinander driften; und sie sind legitime Versuche, neue Imaginationen zu entwerfen.

Doch selbst dort, wo die „diffuse, aesthetic potentiality“ of political representation in den Gesellschaften selbst zum Thema wird (Saward 2010) und „representation as a dynamic process of claim-making (between political institutions and society) and not for example as a static fact of electoral politics“ (Saward 2010, 3) beschrieben wird, bleibt es dabei, die Politiker als die Darsteller-Akteure und die Gesellschaft als das Publikum zu schildern. Bei aller Aufmerksamkeit auch für die „cultural dimensions of representation“ (Thompson 2012, 112) und der Hervorhebung, dass „political representation is a creative activity“ (Disch 2012) kommen die performativen Umstände einer Rezeption durch die Gesellschaft auch bei Saward – wie er selbst einräumt (2012, 126) – zu kurz.

b.) Anders als Bourdieu (1981/1991), der der kulturellen der Repräsentation die Gewalt einer echten Agenten-Theorie gibt, in der die politischen „Professionellen“ nach Belieben Herrschaftsbilder und „Charisma“ produzieren (vgl. a. Jentges 2010, 62), bleibt diese Darstellung bei Jentges offener; gleichwohl folgt auch er der Darstellung einer kulturalistischen Repräsentation als eines top-down-Prozesses.

c.) Tatsächlich aber ist es so, dass Repräsentation als die Anerkennung von Strukturen und Institutionen, d.h. als ein gesellschaftlicher Zuordnungsprozess erfolgt. Zwar können einzelne (individuelle oder kollektive) Akteure hierfür Vorschläge formulieren. „Repräsentativ“ werden sie erst, wenn es zu einer Zuschreibung von Anerkennung und Repräsentanz durch die Gesellschaft kommt. Repräsentation ist also ein sozialer Prozess, dessen Initiative und Erfolg allein bei den politischen Gesellschaften liegt. Mit der „Repräsentation“ verhält es sich demnach so wie es Max Weber am Beispiel der „Legitimität“ zeigt (Weber 1922; Palonen 1998): Sie wird nicht von den Herrschaftsinhabern produziert; sondern sie entsteht in dem „Legitimationsglauben“ der Menschen an die Herrschaft. Auch die Repräsentation entsteht nicht dadurch, dass sie top down entworfen, gemacht und angeleitet wird, sondern dadurch, dass sie bottom up „gesehen“ oder „geglaubt“, - also von den gesellschaftlichen Individuen als ihre eigene Re-Präsentation anerkannt und akzeptiert wird; sie muss gesellschaftlich positiv erfasst und produktiv gestaltet werden. Diese gesellschaftliche Praxis der Repräsentation, ihre Gestaltung, ist eine Praxis der gesellschaftlichen Individuen, nicht eine Praxis der institutionellen Akteure. Auch die „Repräsentation“ entsteht in diesem Sinne in einem gesellschaftlichen Prozess, der „die Menschen als die Produzenten ihrer gesamten historischen Lebensform zum Gegenstand hat“ (Horkheimer 1937, 625); Repräsentation ist (heute wie auch schon immer) einer der Gegenstände dieses Gestaltungsprozesses. Diese „Gegenstände und die Art ihrer Wahrnehmung, die Fragestellung und der Sinn der Beantwortung zeugen von menschlicher Aktivität und dem Grad ihrer Macht“ (Horkheimer 1937, ebda.).

Zu diesen Gestaltungen gehören immer auch eine ganze Reihe von „regulativen Fiktionen“ mittels derer sich die soziale Ordnung ein Bild von sich selbst entwirft (Koschorke 2002, 77). Denn solange Menschen politisch handeln und als Gesellschaften „politisch“ entscheiden, sind Alltagsmythen, Inszenierungen und Rituale Teil dieser alltäglichen Praxis; nie kommt Politik ohne Rückgriff metaphysische Vorverständnisse, symbolische Formen und emotionale Zuschreibungen aus. In ihnen zeigt sich der imaginäre „Wirklichkeitssinn“ (Aby Warburg; zit. bei Diers 1992, 31) einer jeden Gesellschaft. Sie gehören in irgendeiner Form zu dem hybriden Charakter einer jeden – auch der modernen – Gesellschaft (Latour 2008, 18ff) (vgl. insgesamt zu diesem Aspekt Lietzmann 2012a).

Wie sie allerdings konkret aussehen, worin sie sich genau erweisen und wie sich (um)bilden, ist eine davon unabhängige, bedeutsame und spannende Frage.

8 Repräsentation und Europäische Union

Wenn wir Repräsentation als eine gesellschaftliche und soziale Praxis begreifen, dann gibt es in der Europäischen Union keine Repräsentation. Das repräsentative Vakuum oder das repräsentative Defizit sind dabei nicht darauf zurückzuführen, dass der politische Akteur „EU“ die Gesellschaften der Mitgliedsstaaten und deren Interessen nicht angemessen vertritt; es liegt dem Mangel der Repräsentation kein technisches oder funktionales Defizit zugrunde (so aber z.B. Bellamy/ Kröger 2013). Vielmehr werden die EU und ihre Institutionen nicht von einer sozialen Unterstützung getragen, die ihnen die Vorstellung und damit die soziale Imagination von einem tragenden, die Gesellschaften re-präsentierenden Charakter zuschreiben. Die EU wird mit ihren Institutionen nicht von einer solchen sozialen Imagination getragen. Die europäische Union ist vielmehr von dieser bildlichen Zuschreibung, dass sie für die Menschen und die Gesellschaft der EU einstehe regelrecht abgespalten; die imaginäre Phantasie der Bevölkerung erreicht die institutionelle Politik der EU nicht. Es gibt in der sozialen Realität der europäischen Gesellschaften keine bildhafte Vorstellung, dass die EU als Interessenträger oder als alter Ego darstellt und wirken lässt. Und es gibt dieses Bild nicht, weil die soziale Vorstellungskraft der Menschen dieses Bild nicht erzeugt; es offensichtlich bisher zu erzeugen vermag. Das hat unterschiedliche institutionelle und prozedurale Gründe.

Die Europäische Union ist von Ihrer Gründung an keine Instanz gewesen, die die Nähe und den Kontakt mit den europäischen Bevölkerungen gesucht hätte. Im Gegenteil wurde sie von den europäischen Regierungen als eine transnationale und intergouvernementale Verwaltungs-Außenstelle für besondere Politikfelder installiert. Sie hatte einen „kommissarischen Charakter“, d.h. sie verweigerte sich dem Kontakt mit den Gesellschaften und diese blieben ihr selbst äußerlich (Puntscher-Riekmann 1998; Lietzmann 2005; Hintze 1910). Die EU selbst hat sich immer so verstanden (Lietzmann 2012b; 2013b).

Der geplante und in einem Konvent publikumswirksam ausgearbeitete Verfassungsvertrag stellte den Versuch einer Revision dieser Rolle und dieses Images dar. Diese imaginative Neuorientierung scheiterte allerdings an den mitgliedstaatlichen Referenden. Der Vorschlag, der EU eine neue politische Symbolik zuzuschreiben wurde von einem wesentlichen Teil der europäischen Gesellschaften zurückgewiesen. Der anstelle dessen in Lissabon verabschiedete Vertrag symbolisierte explizit den symbolischen Verzicht auf eine repräsentative Wahrnehmung der EU (Lietzmann 2013b).

Im Kern heißt dies, dass die Vertragspolitik der EU (und zwar besonders des Europäischen Rates und der nationalen Mitgliedsstaaten) den Anspruch auf Repräsentativität im Rahmen der EU zurückwies und auf absehbare Zeit dementierte.

Dass die EU-Kommission und das EU-Parlament sich hartnäckig bemühen, den europäischen Teil-Gesellschaften ein symbolträchtiges Bild der Repräsentativität nahe-zulegen, hat bisher zu keiner wesentlichen sozialen Zuschreibung geführt. Der „Plan D“ (democracy, dialog, discussion) der Kommission (Bauer/Metz/Seeger 2005) war ein solcher Versuch und ein solches imaginatives Angebot, das erfolglos verpuffte, da es keinen mimetischen Widerhall in den Gesellschaften fand.

9 Der soziale Wandel europäischer Gesellschaften.

In den nationalen europäischen Gesellschaften bestehen repräsentative politische Systeme, die auf eine 75jährige, teilweise 100jährige Tradition zurückblicken; auch sie sind in den letzten Jahren erheblich unter Stress geraten. Ihr Dilemma besteht im Wesentlichen darin, dass sie aufrufen auf einem imaginativen Modell der „repräsentatio in toto“, also einer institutionellen Gesamtrepräsentation der Nation (Schmitt 1971; Lietzmann 2012a; mit anderem Fokus: Puntscher Riekmann 2013). Dieser aus der Tradition der Monarchie

stammende Gesamtvertretungsanspruch politischer Herrschaft, einer „représentation in toto“, setzt sich in einer „représentation nationale“ der Französischen Revolution konzeptuell fort. Er gerät aber bereits im 19. und zunehmend im 20. Jahrhundert unter Darstellungs- und Wahrnehmungsdruck: Er ist nicht geeignet, der pluralen politischen Wirklichkeit der europäischen Gesellschaften einen nachvollziehbaren, bildhaften und tragfähigen Ausdruck zu verleihen.

Diese moderneren Gesellschaften des 20. Jahrhunderts bestehen auf einer eher partikulärerem Darstellungsform, mindestens der „representatio singulariter“ in der Tradition des Ständestaats (so die De Jovenel'sche Gegenüberstellung 1945; zit. b. Schmitt 1971, 35). Sie bestehen auf einer Repräsentation kleinerer Einheiten, wie sie sich z.B. im Föderalismus herausbilden.

Die BürgerInnen moderner Gesellschaften gehen nun noch einen Schritt weiter: Sie möchten zunehmend eher „sich selbst“ vertreten sehen als dass sie sich einer kohärenten Gruppe (Partei, Ethnie, Religion, Sprache, Region, Ideologie, Nation, ...) und deren Repräsentanz in der Politik zugehörig fühlten. Ihre sozialen Bindungen haben sich aus unterschiedlichsten Gründen aufgelöst.

a) Wesentlichen Anteil an diesem Individualisierungsprozess hat das Bildungsniveau moderner europäischer Gesellschaften. Dass das Bildungsniveau der Gesellschaften zentralen Einfluss auf den Bestand und den Wandel politischer Systeme hat, ist nicht nur aus den Debatten um Erziehung und Demokratie im frühen 20. Jahrhundert bekannt. Auch 100 Jahre später ist die erweiterte Bildung und das autonome Wissen der Menschen einer der wesentlichen Auslöser politischer Umbrüche in Nordafrika (Todd 2011; Courbage/ Todd 2008). Die Imaginationsfähigkeit der Menschen wächst ganz natürlich mit den mimetischen Ressourcen, über die sie aufgrund ihrer Ausbildung verfügen. Die Bereitschaft sich traditionellen Autoritäten zu unterwerfen, löst sich in gleichem Maße auf. Nun hat sich aber z.B. das Potential höherer Schulabschlüsse in Europa in den letzten 50 Jahren annähernd verzehnfacht. Die Berufsausbildungen haben sich in ungeahntem Ausmaß erweitert und vertieft. Der Bestandteil Unausgebildeter ist auf ein Rekordminimum gesunken (EACEA 2012a; 2012b; Töpfer et.al. 2013). Auch die gesellschaftlichen Erwartungen und die Eigenerwartung an Kompetenzen und Fertigkeiten haben einen enormen Aufschwung im Kontext der Modernisierung und der Autonomisierung der Lebensführung erfahren. Zudem haben sich die Informationsmöglichkeiten und die Transparenz von öffentlichen Prozessen durch traditionelle und elektronische Medien in den vergangenen 50 Jahren explosionsförmig vermehrt. Dies alles im gleichen Zeitraum, in dem das politische Repräsentationssystem institutionell unverändert geblieben ist. Und in dem gleichen Zeitraum, in dem die politischen Mitgestaltungsmedien der Menschen an der eigenen Gesellschaft nur unwesentlich gestiegen sind.

b) Europaweit wird auf diese Entwicklung von Seiten der Gesellschaften mit einer Zunahme bürgerschaftlicher Aktivitäten reagiert. Bürgerschaften aktivieren sich selbst gegen eine als unangemessen erlebte politische Praxis ihrer Regierungen. Nicht nur die occupy-Bewegungen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich, die Referenden in Frankreich und den Niederlanden, die Proteste in Bulgarien, Slowenien und Tschechien, sondern auch die Massendemonstrationen gegen die EU-Politik in Italien, Portugal, Spanien und Griechenland. Europaweit ist ein Aufbruch von Bürgerbewegungen zu sehen; der Ruf nach direkter, unmittelbarer Einflussnahme ohne zwischengelagerte Repräsentation wird unüberhörbar laut (EES 2009; Hobolt 2009, 2012; Banducci et al. 2012).

c) Die traditionellen repräsentativen Gremien verlieren in diesem Kontext massiv an Zustimmung. Das Vertrauen in Parlamente sowie die („im Namen des Volkes“ urteilenden) Gerichte verfallen in ihrer Legitimität. Wahlen werden nicht mehr als Beteiligungschance

genutzt, da sie als zunehmend irrelevant für die politische Entscheidungsebene betrachtet werden (Bertelsmann 2013; Güllner 2013).

Dies hängt zusammen mit der sich kontingenten Entscheidungsstruktur moderner, politischer Gesellschaften in Europa (Lietzmann 2012b, 179ff). In ihnen sind Handlungsverläufe und Entscheidungsgrundlagen in jeder Hinsicht prekär und unabsehbar geworden. Verlässlichkeit und öffentliche Sicherheit werden riskant. Insofern durchleben diese Gesellschaften entscheidungspolitisch einen epistemologischen Bruch: Der „gewusste Horizont des Nichtwissens, auch die Selektivität des Erkennens“.

So lösen sich die symbolischen Bilder einer „Welt der Sicherheit“ (Münkler), mit denen sich die Moderne selbst ausgestattet hatte, auf. Das klare Kalkül und die Berechenbarkeit der eigenen Existenz, die die Gesellschaft der Moderne sich so gerne selbst suggeriert hatte, erweisen sich damit als brüchig. Und die Stabilität vergeht, die mit der politisch versprochenen „Rechtsstaatlichkeit“ im Raum stand: die rechtliche Metapher einer „objektiv-rechtlichen staatlichen Schutzpflicht“, für die sie symbolisch einstand, vergeht. An ihre Stelle tritt eine neue politische Kultur, die man als „Kultur des Risikos“ (Münkler 2010, 13) oder als „neue Kultur der Unsicherheit“ (Bonß 2010, 58) bezeichnen mag. Deren Hauptmerkmale summieren sich insgesamt zu einer Handlungsstruktur, die in hohem Maß mit den bereits geschilderten Persönlichkeitsmerkmalen eines risiko-bewussten und risiko-mündigen Akteurs korrelieren (Münkler 2010; Bonß 2010).

10 Das Bild europäischer (Re)Präsentation

Veränderte Subjektivität und gewandelte Rahmenbedingungen bewirken ein verändertes Selbstbild der Menschen in Europa und eine veränderte Imagination politischer Repräsentativität. Die mimetischen Potentiale haben sich deutlich verschoben und stimmen mit den traditionellen Zuschreibungen repräsentativer Politik nicht mehr überein. Deren Legitimität erodiert im Zuge dieses gesellschaftlichen Wandels. Der Wandel der Gesellschaft hat einen konzeptionellen Wandel der Repräsentation zur Folge: An die Stelle traditioneller Repräsentationsbilder einer „representatio singulariter“, die noch nationale oder föderale Repräsentationsmodi vorstellbar und symbolisch implementierbar erscheinen ließen, treten individuellere und selbstbestimmtere Selbstbilder, die bereits die nationale Repräsentation wegen ihrer mangelnden Differenzierung unter Stress setzen. Die Europäische Union hat dem bisher noch weniger Angebote zu machen. Sie ist von ihrer Genealogie her auf das Gegenteil von Repräsentation konzentriert. Und sie verfügt derzeit auch über keinerlei imaginative Kraft. Sie vermag es nicht, sich der inneren Vorstellungswelt der Menschen als „repräsentatives“ alter ego plastisch vor Augen zu führen. Der EU und ihrer politischen Rolle, ihrer Funktion und der Vorstellung ihrer Wichtigkeit mangelt es an jeder imaginativen Kraft.

Literaturverzeichnis

- Frank **Ankersmit** 2002: Political Representation. Stanford/ CA: Stanford Univ. Press.
- Susan **Banducci**/Mark **Franklin**/Heiko **Giebler**/Sara B. **Hobolt**/Michael **Marsh**/Wouter **van der Brug**/Cees **van der Eijk** (Eds.) 2012: An Audit of Democracy in the European Union. European University Institute. San Domenico di Fiesole.
- Michael **Bauer**/Almut **Metz**/Sarah **Seeger** 2005: Der Plan D der Europäischen Kommission und die Reflexionsphase zur Verfassung und Zukunft der Europäischen Union. CAP / Bertelsmann Forschungsgruppe Politik. München
[www.cap.lmu.de/download/2005/CAP-Aktuell-2005-03.pdf]
- Richard **Bellamy**/Sandra **Kröger** 2013: Representation Deficits and Surpluses in EU-Policy-Making. In: Journal of European Integration, Vol. 5, 477-497.
- Hans **Belting** 2007: Eine Herausforderung der Bilder. In: Hans Belting (Hg.): Bilderfragen. Die Bildwissenschaft im Aufbruch. München: Fink, 1-26.
- Bertelsmann** 2013: Ziemlich unpolitische Freunde – Warum in Deutschland nicht mehr gewählt wird. [www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-982FF5C4-4320531E/bst/xcms_bst_dms_37987_37991_2.pdf]
- Ingolfur **Blühdorn** 2011: Das postdemokratische Doppeldilemma. Politische Repräsentation in der simulativen Demokratie. In: Markus Linden/Winfried Thaa: Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden: Nomos, 45-74.
- Gottfried **Boehm** 2007: Das Paradigma “Bild”. Die Tragweite der ikonischen Episteme. In: Hans Belting (Hg.): Bilderfragen. Die Bildwissenschaft im Aufbruch. München: Fink, 77-82.
- Wolfgang **Bonß** 2010: (Un)Sicherheit als Problem der Moderne. In: Herfried Münkler/Matthias Bohlender/ Sabine Meurer (Hg.): Handeln unter Risiko. Bielefeld: Transcript, 33-64.
- Horst **Bredenkamp** 1998: Politische Zeit. Die zwei Körper von Thomas Hobbes’ Leviathan. In: Wolfgang Ernst/Cornelia Vismann (Hg.): Geschichtskörper: Zur Aktualität von Ernst H. Kantorowicz. München: Fink, 105-118.
- Horst **Bredenkamp** 2001: Ikonographie des Staates: Der Leviathan und seine neuesten Folgen. In: Leviathan Vol. 29, 19-35.
- Horst **Bredenkamp** 2012: Thomas Hobbes. Der Leviathan: Das Urbild des modernen Staates und seine Gegenbilder 1651-2001. 4. Aufl. Berlin: Akademie.
- Horst **Bredenkamp**/Pablo **Schneider** 2005: Visuelle Argumentationen – Die Mysterien der Repräsentation und die Berechenbarkeit der Welt. In: Horst Bredenkamp/Pablo Schneider (Hg.): Visuelle Argumentationen – Die Mysterien der Repräsentation und die Berechenbarkeit der Welt. München: Fink, 7-10.
- Mark B. **Brown** 2006: Citizen Panels and the Concept of Representation. In: Journal of Political Philosophy, Vol. 14, 203-225.
- Hubertus **Buchstein** 1997: Repräsentation ohne Symbole – Die Repräsentationstheorie der ‚Federalists‘ und von Hannh F. Pitkin. In: Gerhard Göhler u.a. (Hrsg.): Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken. Baden-Baden: Nomos, 376–432.

- Dario **Castiglione**/Mark E. **Warren** 2006: Rethinking Democratic Representation: Eight Theoretical Issues. Paper presented at the Centre of the Study of Democratic Institutions/ University of British Columbia/Vancouver/ CA: May, 18-16.
- Cornelius **Castoriadis** 1975: L'institution imaginaire de la société. Paris [Zit. n. d. dt. Ausgabe: Gesellschaft als imaginäre Institution. Frankfurt: Suhrkamp 1984].
- Youssef **Courbage**/Emmanuel **Todd** 2008: Die unaufhaltsame Revolution. Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern. München: Piper.
- Russel J. **Dalton** 2004: Democratic Challenges, Democratic Choices: The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies. Oxford/UK: Oxford Univ. Press.
- Russel J. **Dalton** 2007: The Good Citizen: How a Younger Generation is Reshaping American Politics. Washington: Congress Q. Press.
- Bertrand **De Jouvenel** 1945: Du pouvoir. Geneve. (Zitiert nach der dt. Ausgabe 1972: Über die Staatsgewalt. Die Naturgeschichte ihres Wachstums. Freiburg: Rombach.
- Michael **Diers** 1992: Von der Ideologie- zur Ikonologiekritik. In: Andreas Berndt u.a. (Hg.): Frankfurter Schule und Kunstgeschichte. Berlin: Reimer, 19-40.
- Lisa **Disch** 2012: The 'constructivist turn' in political representation. In: Contemporary Political Theory, Vol. 11, 114-118.
- Suzanne **Dovi** 2011: Political Representation. In: Stanford Encyclopedia of Philosophy. [<http://plato.stanford.edu/entries/political-representation/>].
- Giuseppe **Duso** 2005: Die moderne politische Repräsentation: Entstehung und Krise des Begriffs. Berlin: Duncker+Humblodt.
- EACEA** / Education, Audiovisual and Culture Executive Agency (Hg.) 2012a: Key Data on Education in Europe. Brüssel: EU.
- EACEA** Education, Audiovisual and Culture Executive Agency (Hg.) 2012b: Citizenship Education in Europe. Brüssel: EU.
- EES** 2009: European Election Studies [eeshomepage.net].
- Archon **Fung**/Erik Olin **Wright** 2003: (Ed.) Deepening Democracy: Institutional Innovations in Empowered Participatory Governance. London: Verso Press.
- Archon **Fung** 2006: Democratizing the Political Process. In: Robert E. Goodin/Michael Moran/Martin Rein (ed.): The Oxford Handbook of Public Policy. Oxford/UK: Oxford Univ. Press, 667-683.
- Jürgen **Gebhard** 2007: Idee und Wirklichkeit der „Representative Republic“. In: Winfried Thaa (Hg.): Inklusion durch Repräsentation, Baden-Baden: Nomos, 19-38.
- Carlo **Ginzburg** 1999: Repräsentation. Das Wort, die Vorstellung, der Gegenstand. In: Holzaugen. Über Nähe und Distanz. Berlin: Wagenbach, 97-119.
- Gerhard **Göhler** 2007: Deliberative Demokratie und symbolische Repräsentation. In: Winfried Thaa (Hg.): Inklusion durch Repräsentation, Baden-Baden: Nomos, 109-125.
- Manfred **Güllner** 2013: Nichtwähler in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. [www.library.fes.de/pdf-files/dialog/10076.pdf].
- Otto **Hintze** 1910: Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verfassungsgeschichte. In: Otto Hintze: Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte. Hg. v. G. Oestreich, 3. durchg./erw. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck, 242-274.

- Erik **Jentges** 2010: Die soziale Magie politischer Repräsentation. Charisma und Anerkennung in der Zivilgesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Sara B. **Hobolt** 2009: Europe in Question. Referendums on European Integration. Oxford : Oxford Univ. Press.
- Sara B. **Hobolt** 2012: Citizen satisfaction with the democracy in the European Union. In: Journal of common market studies Vol. 50, 88-105.
- Max **Horkheimer** 1937: Philosophie und Kritische Theorie. In: Zeitschrift für Sozialforschung Vol. 6, 625-631.
- Beate **Kohler-Koch** 2010: Civil Society and EU Democracy: ‚astroturf‘ representation? In: Journal of European Public Policy, Vol. 17, 100-116.
- Albrecht **Koschorke** 2002: Macht und Fiktion. In: Ders./Thomas Frank/Susanne Lüdemann/Ethel Matala de Maza: Des Kaisers neue Kleider. Über das Imaginäre politischer Herrschaft. Frankfurt/ M.: Fischer, 73-84.
- Christiane **Kruse** 2010: Imagination, Illusion, Repräsentation. Bildbetrachtung als Kulturtechnik. In: Horst Bredekamp/Christiane Kruse/Pablo Schneider (Hg.): Imagination und Repräsentation. München: Fink, 195-218.
- Bruno **Latour** 2008: Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gerhard **Leibholz** 1928: Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie. Wiederveröffentlicht 1966. Hier zitiert aus dem Reprint: Leibholz, Gerhard 1973: Die Repräsentation der Demokratie. Berlin: De Gruyter, 1-248.
- Gerhard **Leibholz** 1965: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit. Vortrag am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht vom 22.01.1965. In: Gerhard Leibholz 1973: Die Repräsentation in der Demokratie. Berlin: De Gruyter, 249-271.
- Hans J. **Lietzmann** 2005: Die politische Symbolkraft von Verfassungen und die Genealogie des europäischen Konstitutionalismus. In: Andrea Gawrich/Hans J. Lietzmann (Hg.): Politik und Geschichte. Münster: Westfälisches Dampfboot, 60-75.
- Hans J. **Lietzmann** 2011a: Auf zum nächsten Level! Bürgerbeteiligung im Wandel der Zeit. In Politische Ökologie, 29. Jg., Heft 127, 28ff.
- Hans J. **Lietzmann** 2011b: Die neue „Europäische Bürgerinitiative“/The New „European Citizens‘ Initiative“. In Output. Forschungsmagazin/Research Bulletin. Wuppertal: BUW. 3. Jg., Heft 5, 18-25.
- Hans J. **Lietzmann** 2012a: Die Kontingenz der Repräsentation: Bürgerbeteiligung. In: Zur Kritischen Theorie der politischen Gesellschaft. Festschrift für Michael Th. Greven zum 65. Geburtstag. Wiesbaden: Springer VS, 165-188.
- Hans J. **Lietzmann** 2012b: Kontingenzerfahrung in der europäischen Politik. Die europäische Union als System ‚sui generis‘. In: Katrin Toens/Ulrich Willems (Hg.): Politik und Kontingenz. Wiesbaden: Springer VS, 163-189.
- Hans J. **Lietzmann** 2013a: Repräsentation und Bürgerbeteiligung. Planungszellen als Teil einer „neuen Gewaltenteilung“? In: Hans J. Lietzmann/L. Dienel/R. B. Fuhrmann (Hg.): Handbuch Planungszellen und Bürgerbeteiligung. Berlin (im Erscheinen).
- Hans J. **Lietzmann** 2013b: The Symbolical Revocation of Symbolism: The Lisbon Treaty. In: The Meanings of Europe. London: Routledge (forthcoming).

- Markus **Linden**/ Winfried **Thaa** 2008: Krise der Repräsentation. Gibt es Auswege? In: Markus Linden/Winfried Thaa: Krise und Reform der politischen Repräsentation. Baden-Baden: Nomos, 305-324.
- Philip **Manow** 2006: Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation. In: Leviathan Vol. 34, 149-181.
- Philip **Manow** 2008: Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation. Frankfurt am Main: Fischer.
- Philip **Manow** 2011: Demokratische Repräsentation und die alten und neuen politischen Körperlehren. In: ifph: Journal des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover, Nr. 17, 6-7.
- Jane **Mansbridge** 2003: Rethinking Representation. American Political Science Review, Vol: 97, 512-528.
- Jane **Mansbridge** 2011: Clarifying the Concept of Representation. American Political Science Review, Vol. 105, 621-630.
- Herfried **Münkler** 2010: Strategien der Sicherung: Welten der Sicherheit und Kulturen des Risikos. In: Herfried Münkler/ Matthias Bohlender/ Sabine Meurer (Hrsg.): Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahr im 21. Jahrhundert. Bielefeld: Transcript, 11-34.
- Armin **Nassehi** 2002: Politik des Staates oder Politik der Gesellschaft? Kollektivität als Problemformel des Politischen. In: Kai-Uwe Hellmann/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 38-59.
- Hannah Fenichel **Pitkin** 1967: The Concept of Representation. Berkeley/Los Angeles/London.
- Kari **Palonen** 1998: Das 'Webersche Moment'. Zur Kontingenz des Politischen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Johannes **Pollak** 2007: Repräsentation ohne Demokratie. Wien: Springer.
- Sonja **Puntscher Riekmann** 1998: Die kommissarische Neuordnung Europas. Das Dispositiv der Integration. Wien/New York.
- Pierre **Rosanvallon** 2010: Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit, Reflexivität, Nähe. Hamburger Edition.
- Jean Paul **Sartre** 1940: Das Imaginäre. Phänomenologische Psychologie der Einbildungskraft. Paris: Gallimard (zit. Nach der dt. Ausg. 1971. Hamburg: Rowohlt.
- Michael **Saward** 2006: The representative claim. In: Contemporary Political Theory. Vol. 5, 297-318.
- Michael **Saward** 2010: The representative claim. Oxford/ New York: Oxford Univ. Press.
- Michael **Saward** 2011: Slow Theory: Taking time over transnational democratic representation. In: Ethics and Global Politics Vol. 4, 1-18.
- Michael **Saward** 2012: Claims and Constructions. In: Contemporary Political Theory, Vol. 11, 123-127.
- Carl **Schmitt** 1928: Verfassungslehre. München/Leipzig: Duncker+Humblot.
- Eberhard **Schmitt** 1971: Representatio in toto und Representatio singulariter. Zur Frage nach dem Zusammenhang des Ancien Régime und der Durchsetzung moderner parlamentarischer Theorie und Praxis im Jahr 1789. In: Historische Zeitschrift, Vol. 213, 529-576.

- Mark **Stephan** 2004: Citizens as Representatives: Bridging the Democratic Theory Divides. In: *Politics & Policy*, Vol. 32, 118-134.
- Winfried **Thaa** 2008: Krise und Neubewertung politischer Repräsentation: vom Hindernis zur Möglichkeit politischer Freiheit. In: *Politische Vierteljahresschrift* Vol. 49, 618-640.
- Winfried **Thaa** 2013: „Stuttgart 21“ – Krise oder Repolitisierung der repräsentativen Demokratie? In: *Politische Vierteljahresschrift* Vol. 54, 1-20.
- Emmanuel **Todd** 2011: *Frei! Der arabische Frühling und was er für die Welt bedeutet*. München: Piper.
- Simon **Thompson** 2012: Making representations. In: *Contemporary Political Theory*, Vol. 11, 111-114.
- Serge **Tisseron** 2007: Unser Umgang mit Bildern. Ein psychoanalytischer Zugang. In: Hans Belting (Hg.): *Bilderfragen. Die Bildwissenschaft im Aufbruch*, München: Fink, 307-316.
- Klaus **Töpfer**/Dolores **Volkert**/Ulrich **Mans** 2013: *Verändern durch Wissen – Wissen durch verändern. Chancen und Herausforderungen demokratischer Beteiligung – von ‚Stuttgart 21‘ bis zur Energiewende*. München: oekom.
- Nadia **Urbinati** 2006: Political Representations a Democratic Process. In: *Redescriptions. Yearbook of Political Thought and Conceptual History*. Vol. 10, 18-40.
- Nadia **Urbinati** 2006a: *Representative Democracy: Principals and Genealogy*. Chicago: Univ. Chicago Press.
- Nadia **Urbinati**/ Mark E. **Warren** 2008: The Concept of Representation in Contemporary Democratic Theory. In: *Annual Review of Political Science*, Vol. 11, 387-412.
- Eric **Voegelin** 1952: *The New Science of Politics. An Introduction*. (vgl. Walgreen Lectures/ University of Chicago 1951: *Truth and Representation*) Chicago. Zit. n. d. dt. Ausgabe 1959: *Die neue Wissenschaft von der Politik*. München: Anton Pustet.
- Mark E. **Warren** 2008: Citizen representatives. In: Mark E. Warren/ H. Pearse, *Designing Deliberative Democracy: The British Columbia Citizens' Assembly*. Cambridge/UK, 50-69.
- Max **Weber** 1922: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Zit. In der Ausgabe 1980. Tübingen: Mohr.